

Teil unserer Presse behandelt worden. Wir erklären es für eine Lebensfrage Deutschlands, das Bündnis zu erhalten.

Abg. Scheidemann (Soz.):

Ungeheuerliches leistete eine gewisse Presse in böhmischen Beschimpfungen und Verhöhnungen. Ebert und ich werden als Landesverräter hingestellt. Das rührt uns nicht. Der Redner spricht über die Voraussetzungen hinsichtlich des U-Bootskrieges im Verhältnis zu den praktischen Ergebnissen.

Amerika ist an die Stelle Russlands getreten.

Im Vorbegehen Wunderdinge erzählt von dem Erfolg der kommenden Offensive. Über angenommen, die militärischen Erfolge treten ein, sie würden uns keinen Frieden bringen. Wie will man mit Amerika zum Frieden kommen? So wenig wir wir, werden auch unsere Gegner nachgeben. Jeden Frühling sprechen wir von einer neuen Offensive, und schamlos reden unsere Heimkehrer von den vorausgeschickten Verlusten.

Man schließt im Osten Frieden und geht dann mit einer Friedensoffensive im Westen vor.

Es ist unrichtig, wenn der Reichskanzler behauptet, die Bolschewisten Wilsons sei eine christliche Friedensbewegung. Das ist bedauerlich. Warum die Vorbehalte, die der Reichskanzler in Fragen macht, in denen wir doch entgegenzukommen geneigt sind?

Es ist unrichtig, wenn der Reichskanzler behauptet, die Bolschewisten Wilsons sei eine christliche Friedensbewegung.

Man muß auf beiden Seiten auf Massen verzichten und die Dinge sehen, wie sie sind. Die volle Selbständigkeit Belgiens wiederherzustellen ist unsere Ehrenpflicht, natürlich vorausgesetzt, daß die Gegner die Integrität des Reichsgebietes respektieren.

Abg. Fischbeck (Fortchr. Vpt.):

Abg. Fischbeck (Fortchr. Vpt.): Der Reichskanzler hat auf die Treibereien der Presse hingewiesen. Die Mehrheit des Reichstages will damit nichts zu tun haben. Die Angriffe der Presse gegen den Staatssekretär von Aulic sind wegen der Verhandlungen in West-Europa unangehörig.

Abg. Stresemann (Ntl.):

Abg. Stresemann (Ntl.): Ich weißte daran, daß die Ausführungen des Abgeordneten Scheidemann über den U-Bootskrieg dem Frieden dienen. Dem Wunsche nach genaueren Informationen über die Wirkung auf die englische Wirtschaft schreibe ich mich an. Eine Wertstaffel gibt allerdings keine richtige Bild. Die Besprechungen im englischen Parlament geben aber doch zu denken.

Abg. Stresemann (Ntl.):

Abg. Stresemann (Ntl.): Ich weißte daran, daß die Ausführungen des Abgeordneten Scheidemann über den U-Bootskrieg dem Frieden dienen. Dem Wunsche nach genaueren Informationen über die Wirkung auf die englische Wirtschaft schreibe ich mich an.

Abg. Stresemann (Ntl.): Ich weißte daran, daß die Ausführungen des Abgeordneten Scheidemann über den U-Bootskrieg dem Frieden dienen. Dem Wunsche nach genaueren Informationen über die Wirkung auf die englische Wirtschaft schreibe ich mich an.

Abg. Stresemann (Ntl.): Ich weißte daran, daß die Ausführungen des Abgeordneten Scheidemann über den U-Bootskrieg dem Frieden dienen.

Abg. Stresemann (Ntl.): Ich weißte daran, daß die Ausführungen des Abgeordneten Scheidemann über den U-Bootskrieg dem Frieden dienen.

Abg. Stresemann (Ntl.): Ich weißte daran, daß die Ausführungen des Abgeordneten Scheidemann über den U-Bootskrieg dem Frieden dienen.

hinichtlich Polens hatten wir eine Abfertigung vom Reichsgebiet gar nicht für annehmbar.

aber auch wir wollen keine Annexionsbilgen.

Die schon Behnemann erklärt hat, wird Deutschland der künftigen Bewegung nach Selbständigkeit kein Hindernis entgegenstellen. Die Freiheitsbewegung der Slawen ist ernst und nicht gekünstelt. Sie muß nach Möglichkeit gefördert werden.

Die aufstrebende Lösung ist noch offen.

Die aufstrebende Lösung ist noch offen. Aber einerlei, das neue Polen wird in Deutschland den Weg seiner Einheit sehen, und daraus wird ein dauernd freundschaftliches Verhältnis mit unseren Slawen Nachbarn unmöglich; eine Erziehung unserer westpolitischen Stellung nach Osten wird die Folge sein.

das Selbstbestimmungsrecht nicht anders als durch eine auf Grund eines demokratischen Wahlrechts gebildete Körperschaft zum Ausdruck kommen kann.

Uebereinstimmung zwischen den Diplomaten und General Hoffmann. Wenn der Ton anders war, so ist das begreiflich. Dem Abgeordneten Fischbeck kann ich nicht zustimmen, wenn er sagt, daß letzten Endes die politische Leitung die Entscheidung haben müsse ohne direkte Mitwirkung der Heeresleitung.

Uebereinstimmung zwischen den Diplomaten und General Hoffmann.

Wenn der Ton anders war, so ist das begreiflich. Dem Abgeordneten Fischbeck kann ich nicht zustimmen, wenn er sagt, daß letzten Endes die politische Leitung die Entscheidung haben müsse ohne direkte Mitwirkung der Heeresleitung. Redner protestiert schließlich gegen den Artikel des Wiener Fremdenblattes gegen den ersten Weltkrieg und gegen die abfällige Kritik, die bei unseren Verbündeten über unsere Heeresleistungen laut geworden ist.

Uebereinstimmung zwischen den Diplomaten und General Hoffmann.

Wenn der Ton anders war, so ist das begreiflich. Dem Abgeordneten Fischbeck kann ich nicht zustimmen, wenn er sagt, daß letzten Endes die politische Leitung die Entscheidung haben müsse ohne direkte Mitwirkung der Heeresleitung.

Uebereinstimmung zwischen den Diplomaten und General Hoffmann.

Wenn der Ton anders war, so ist das begreiflich. Dem Abgeordneten Fischbeck kann ich nicht zustimmen, wenn er sagt, daß letzten Endes die politische Leitung die Entscheidung haben müsse ohne direkte Mitwirkung der Heeresleitung.

Uebereinstimmung zwischen den Diplomaten und General Hoffmann.

Wenn der Ton anders war, so ist das begreiflich. Dem Abgeordneten Fischbeck kann ich nicht zustimmen, wenn er sagt, daß letzten Endes die politische Leitung die Entscheidung haben müsse ohne direkte Mitwirkung der Heeresleitung.

Uebereinstimmung zwischen den Diplomaten und General Hoffmann.

Wenn der Ton anders war, so ist das begreiflich. Dem Abgeordneten Fischbeck kann ich nicht zustimmen, wenn er sagt, daß letzten Endes die politische Leitung die Entscheidung haben müsse ohne direkte Mitwirkung der Heeresleitung.

Uebereinstimmung zwischen den Diplomaten und General Hoffmann.

Wenn der Ton anders war, so ist das begreiflich. Dem Abgeordneten Fischbeck kann ich nicht zustimmen, wenn er sagt, daß letzten Endes die politische Leitung die Entscheidung haben müsse ohne direkte Mitwirkung der Heeresleitung.

Uebereinstimmung zwischen den Diplomaten und General Hoffmann.

Wenn der Ton anders war, so ist das begreiflich. Dem Abgeordneten Fischbeck kann ich nicht zustimmen, wenn er sagt, daß letzten Endes die politische Leitung die Entscheidung haben müsse ohne direkte Mitwirkung der Heeresleitung.

Uebereinstimmung zwischen den Diplomaten und General Hoffmann.

Wenn der Ton anders war, so ist das begreiflich. Dem Abgeordneten Fischbeck kann ich nicht zustimmen, wenn er sagt, daß letzten Endes die politische Leitung die Entscheidung haben müsse ohne direkte Mitwirkung der Heeresleitung.

Uebereinstimmung zwischen den Diplomaten und General Hoffmann.

Wenn der Ton anders war, so ist das begreiflich. Dem Abgeordneten Fischbeck kann ich nicht zustimmen, wenn er sagt, daß letzten Endes die politische Leitung die Entscheidung haben müsse ohne direkte Mitwirkung der Heeresleitung.

Uebereinstimmung zwischen den Diplomaten und General Hoffmann.

Wenn der Ton anders war, so ist das begreiflich. Dem Abgeordneten Fischbeck kann ich nicht zustimmen, wenn er sagt, daß letzten Endes die politische Leitung die Entscheidung haben müsse ohne direkte Mitwirkung der Heeresleitung.

Uebereinstimmung zwischen den Diplomaten und General Hoffmann.

Wenn der Ton anders war, so ist das begreiflich. Dem Abgeordneten Fischbeck kann ich nicht zustimmen, wenn er sagt, daß letzten Endes die politische Leitung die Entscheidung haben müsse ohne direkte Mitwirkung der Heeresleitung.

Uebereinstimmung zwischen den Diplomaten und General Hoffmann.

Wenn der Ton anders war, so ist das begreiflich. Dem Abgeordneten Fischbeck kann ich nicht zustimmen, wenn er sagt, daß letzten Endes die politische Leitung die Entscheidung haben müsse ohne direkte Mitwirkung der Heeresleitung.

Uebereinstimmung zwischen den Diplomaten und General Hoffmann.

Wenn der Ton anders war, so ist das begreiflich. Dem Abgeordneten Fischbeck kann ich nicht zustimmen, wenn er sagt, daß letzten Endes die politische Leitung die Entscheidung haben müsse ohne direkte Mitwirkung der Heeresleitung.

Uebereinstimmung zwischen den Diplomaten und General Hoffmann.

Wenn der Ton anders war, so ist das begreiflich. Dem Abgeordneten Fischbeck kann ich nicht zustimmen, wenn er sagt, daß letzten Endes die politische Leitung die Entscheidung haben müsse ohne direkte Mitwirkung der Heeresleitung.

Uebereinstimmung zwischen den Diplomaten und General Hoffmann.

Wenn der Ton anders war, so ist das begreiflich. Dem Abgeordneten Fischbeck kann ich nicht zustimmen, wenn er sagt, daß letzten Endes die politische Leitung die Entscheidung haben müsse ohne direkte Mitwirkung der Heeresleitung.

Uebereinstimmung zwischen den Diplomaten und General Hoffmann.

Wenn der Ton anders war, so ist das begreiflich. Dem Abgeordneten Fischbeck kann ich nicht zustimmen, wenn er sagt, daß letzten Endes die politische Leitung die Entscheidung haben müsse ohne direkte Mitwirkung der Heeresleitung.

Uebereinstimmung zwischen den Diplomaten und General Hoffmann.

Wenn der Ton anders war, so ist das begreiflich. Dem Abgeordneten Fischbeck kann ich nicht zustimmen, wenn er sagt, daß letzten Endes die politische Leitung die Entscheidung haben müsse ohne direkte Mitwirkung der Heeresleitung.

Uebereinstimmung zwischen den Diplomaten und General Hoffmann.

Wenn der Ton anders war, so ist das begreiflich. Dem Abgeordneten Fischbeck kann ich nicht zustimmen, wenn er sagt, daß letzten Endes die politische Leitung die Entscheidung haben müsse ohne direkte Mitwirkung der Heeresleitung.

Legte Drahtnachrichten

Anschluß Bessarabiens an Rumänien

Kön. 24. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die „Kön. Ztg.“ meldet von der französischen Grenze: Der „Kön.“ will wissen, daß die autonome Republik Bessarabien, die sich in Kischinew gebildet habe, sich mit den Rumänen vereinigt oder sich ihm als Bundesstaat anschließen werde.

Die Schweizer Arbeiter gegen den Zivildienst

Bern, 24. Januar. (Eigener Drahtbericht.) In Zürich nahm eine von mehr als 2000 Personen besuchte Professorenversammlung gegen das Urteil im Reuterprozess einstimmig einen Antrag des sozialistischen Parteivorstandes an, sich keinerlei Maßnahmen zu unterwerfen, die die Arbeiterklasse ihrer verfassungsmäßigen Rechte beraube und ihre Lage verschlimmern würde.

Ein Schweizer in Frankreich zum Tode verurteilt

Basel, 24. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Nach einer Pariser Havasmeldung hat das Kriegsgericht den 26 Jahre alten Schweizerischen Staatsangehörigen Henry Nierergel wegen Spionage zum Tode verurteilt. (Das Schweizerische politische Departement beschäftigt sich schon seit März 1917 mit der Verhaftung Nierergels; jedenfalls wird es sich sofort neuerdings für den Verurteilten verwenden.)

Die Amerikaner an der Westfront

Basel, 24. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Laut „Daily News“ schreibt die „Washington Post“: Das amerikanische Kontingent, anstatt darauf zu warten, bis es einen eigenen Abschnitt der Front übernehmen könne, willigte in aktive Operationen mit den britischen Streitkräften.

Ein Engländer warnt England

Amsterdam, 24. Januar. (Drahtbericht.) Der Professor an der Londoner Universität Hearnshaw schreibt laut „Daily Telegraph“ über die unglücklichen zukünftigen Aussichten Englands: England steht vor Ereignissen und Schwierigkeiten, wie es seine Geschichte selten erlebt hat.

Professor Försters politische Tätigkeit

München, 24. Januar. (Drahtbericht.) Bei Beratung des Kultusrats im Finanzausschuß der Kammer der Abgeordneten beanstandete Abgeordneter Dr. Wolblum (Str.) die Tätigkeit des Professors Förster-München, die seiner Stellung nicht mehr entspreche. In gleicher Weise äußerte sich Abgeordneter Dr. Gantner (lib.), welcher erklärte, gerade im Zeitpunkt höchster Not des Vaterlandes dürfe ein Gelehrter von Ruf nicht so auftreten, wie es Förster in der letzten Zeit fortgesetzt getan habe.

Theodor Elsenhans †

Dresden, 24. Januar. (Drahtbericht unserer Dresdner Schriftleitung.) Am Mittwoch ist hier Geheimrat Dr. Elsenhans, ordentlicher Professor für Philosophie und Pädagogik an der Technischen Hochschule, im 58. Lebensjahre gestorben.

Am Friedrich Adler

Berlin, 24. Januar. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Aus Zürich wird gemeldet, die österreichischen Sozialisten hätten in Verhandlungen mit der Regierung erreicht, daß der Mörder des Grafen Stürgkh, Dr. Friedrich Adler, freigelassen werde.

Wahlrechtsvorläufe der christlich-nationalen Arbeiter.

Die Wahlrechtsvorläufe der christlich-nationalen Arbeitererwerbskreises hat zur Wahlrechtsvorläufe folgende Abänderungsvorschläge beim Hause der Abgeordneten eingereicht:

- 1. Die Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses ist dahin zu gestalten, daß im Durchschnitt auf je 100 000, höchstens aber auf 150 000 Einwohner ein Abgeordneter entfällt. 2. Großstädte und zusammenhängende Wirtschaftsgebiete sind zu einheitlichen großen Wahlkreisen zusammenzufassen, in denen nach dem System der Verhältniswahl gewählt wird. 3. Das aktive und passive Wahlrecht zum preussischen Abgeordnetenhause ist allen männlichen Personen, die 25 Jahre alt sind, zu gewähren. 4. Die Ausübung des Wahlrechtes soll spätestens nach sechsmonatigem Wohnsitz im Wahlkreise zugelassen werden. 5. Es ist gesetzlich festzulegen, daß zur Abänderung der wichtigsten Verfassungsangelegenheiten, zu denen auch das Verhältnis zwischen Staat und Kirche und die Aufrechterhaltung der konstitutionellen Schule vorgezogen werden müssen, eine Zweidrittelmehrheit des Abgeordnetenhauses erforderlich ist. 6. Die Arbeiter sind in angemessenem Verhältnis zu den anderen Erwerbsständen zur Mitgliedschaft im Herrenhaufe heranzuziehen; die Mindestzahl der Arbeitervertreter ist gesetzlich festzulegen. 7. Feindliche Vermögen. In der heutigen Sitzung des Bundesrats wurde der Entwurf einer Verordnung über Anmeldebefreiungen für feindliche Vermögen und für Auslandsforderungen angenommen.

Hauptredakteur: Dr. Erich Coerff.

Verantwortlicher Schriftleiter: Dr. Erich Coerff. (In die Redaktion gelangen Briefe, die nicht veröffentlicht werden können, nur wenn sie von dem Verfasser unterschrieben sind.)

Heute geflucht: Abendsgabe umschließt 4 Seiten, die morgige Ausgabe 12 Seiten, zusammen 14 Seiten.

Ämtliche Bekanntmachungen

Der Herr Bürgermeister hat beschlossen, im Nachtrag zum Verzeichnis der zur Annahme beschlagnahmter Lastfaher berechtigten Lastfaher...

Als Gemeindefälle zur Annahme beschlagnahmter Lastfaher sind aufzuzählen: 1. W. I. 41001. 17. April 1917, betreffend Beschlagnahme und Befreiung von Lastfaher...

Richtpreise für Molkenmilch

Der Richtpreis für Molkenmilch mit einem Fettgehalt von höchstens 8,5 v. H. beträgt künftig bei Abgabe durch den Hersteller in handelsüblicher Weise 80 Pf. für 50 kg.

Teilweise Aufhebung der Sperrung der Gasabgabe betr.

In Anwendung von Punkt I der Preisbekanntmachung vom 20. Dezember 1917 wird mit Wirkung vom 25. Januar d. J. bestimmt: die für die Stunden 8-11 Uhr vormittags verhängte Sperrung wird bis auf weiteres aufgehoben.

Die Aufhebung der Sperrung wird die für die Zeit von 1 bis 4 Uhr nachmittags festgesetzte Sperrung bis 1/5 Uhr nachmittags ausgesetzt. Demnach wird künftig in den Stunden von 1-1/5 Uhr nachmittags und 12-5 Uhr nachts den Verbrauchern durch das Rohrnetz kein Gas zugeführt.

Nr. 6 und 7 des diesjährigen Reichsgerichtsbillets sind bei und einzuzeichnen und werden bis zum 18. Februar dieses Jahres im Verzeichnis des Herrn Richters...

Nr. 600. Verordnung, betreffend die Inkraftsetzung der die Bezeichnung des Verlebens und Gedendverlebens betreffenden Vorschriften des Gesetzes vom 8. April 1917, vom 7. Januar 1918.

Nr. 601. Verordnung zur Abänderung der Verordnung über die Bezeichnung der Verlebens- und Gedendverlebens betreffenden Vorschriften des Gesetzes vom 8. April 1917, vom 10. Januar 1918.

Nr. 602. Bekanntmachung, betreffend Aufhebung der §§ 3, 4 der Bekanntmachung, betreffend Auslieferungsbestimmungen zu der Verordnung über den Verkehr mit Schmelz vom 27. Oktober 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 1190), vom 14. Januar 1918.

Nr. 603. Bekanntmachung, betreffend Abänderung der Bestimmungen über die Bezeichnung von Anlagen zu Verlebensverlebens aus der Unfallversicherung, vom 17. Januar 1918.

Nr. 604. Bekanntmachung über die Gegenstandsart im Besondere zu Oesterreich-Ungarn hinsichtlich der Bezeichnung von Zahlungsstellen an Arbeitsverlebens, vom 10. Januar 1918.

Wäge vorm. Franz Gustav Geis Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Leipzig: Zum Geschäftsführer ist der Herr Carl Dornheim in Leipzig bestellt...

4. auf Blatt 19064, betr. die Firma Franz Wilms Nachf. in Leipzig: Carl Wilms Nachf. ist als Geschäftsführer ausgeschieden.

5. auf Blatt 19064, betr. die Firma C. & G. Kallischer in Leipzig: Die Gesellschaft ist aufgelöst.

6. auf den Blättern 19064 und 19065, betr. die Firmen Koeber & Co. und Peter Dittmann, beide in Leipzig: Die Firmen sind aufgelöst.

7. auf Blatt 19066, betr. die Firma Deutsche Auto-Schlepperei-Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Leipzig: Die Firma ist nach beendeter Liquidation aufgelöst.

Nach den ältesten originalen Bestimmungen über den katholischen Schulunterricht in Leipzig sind 7 Wittigleber des kath. Schulverbandes zu wählen.

Die Wahl findet am 25. Januar 1918, am 12 Uhr mittags bis 2 Uhr nachm. im Stadtsaal (Eingang vom Turmplatz aus, Südosteingang, Zimmer 707, 708) statt.

Fleischverteilungskasse der Stadt Leipzig. Heute - Freitag - den 25. Januar 1918. Fleischverteilung nach dem Nr. 24-25 der Verordnungsblätter.

Wurkbrühe nach dem Nr. 151-155 der Verordnungsblätter.

Gemeindeparkasse Dörsch-Marktleberg. Geschäftsführer: Carl Dörsch, Marktleberg. Einlageguthaben: 10000000 Mk.

Gemeindeparkasse Liebertwolkwitz. Unter Verwaltung der Gemeinde. Einlageguthaben: 15812612 Mk. 93 Pf.

Gemeindeparkasse Grimma. Geschäftsführer: Hermann Grimma. Einlageguthaben: 11493000 Mk.

Gemeindeparkasse Leipzig. Geschäftsführer: Hermann Leipzig. Einlageguthaben: 100000000 Mk.

Familien-Nachrichten

Karl Hermann Streller Gerda Streller geb. Lohmann kriegsgefallen. Lebend. Dresden, 19. 1. 18.

Verlobt Lenchen Sachse mit Ottomar Pils, Marktleberg. Geboren Vizefeldwebel Otto Büttner und Margarete geb. Italaender, eine Tochter.

Herr Gustav Knöfler Ritter pp. Kämpfer von 1866 u. 1870/71, und Herr Julius Bretschneider verstorben. Während ihrer fast fünfzigjährigen Mitgliedschaft waren dieselben uns stets wahre Freunde und treue Kameraden...

Verein der Musiklehrer und Musiklehrerinnen zu Leipzig. Schon wieder hat der Tod eine Lücke in unsere Reihen gerissen. Herr Prof. Dr. phil. h. c. Gustav Schreck, Kantor an der Thomasschule...

Am 20. d. M. starb an einer schweren, im Felde erworbenen Krankheit der Oberarzt unserer Klinik Herr Dr. med. Anton Gappisch. Durch 12 Jahre hat er der Klinik angehört und ihr stets seine volle Kraft gewidmet...

Herrmann Dutzauer in Firma Mohr & Dutzauer in 61. Lebensjahre. In tiefster Trauer: Ottilie Dutzauer geb. Bernhardt, Gertrud Bernhardt geb. Dutzauer, Paul Bernhardt, Else verw. Dutzauer und 3 Enkelkinder.

Gestern vormittag ist nach längerer Krankheit unser Geschäftsführer Herr Gustav Adolf Knöfler im Alter von 74 Jahren sanft entschlafen. Der Verstorbene war uns über 40 Jahre lang ein treuer und gewissenhafter Mitarbeiter...

Familiennachrichten aus auswärtigen Blättern. Gestorben: Die Witwe Frau Maria Schick in Leipzig...

Witwe Frau Maria Schick in Leipzig. Gestorben: Die Witwe Frau Maria Schick in Leipzig...

Witwe Frau Maria Schick in Leipzig. Gestorben: Die Witwe Frau Maria Schick in Leipzig...

Witwe Frau Maria Schick in Leipzig. Gestorben: Die Witwe Frau Maria Schick in Leipzig...

Witwe Frau Maria Schick in Leipzig. Gestorben: Die Witwe Frau Maria Schick in Leipzig...

Witwe Frau Maria Schick in Leipzig. Gestorben: Die Witwe Frau Maria Schick in Leipzig...

Witwe Frau Maria Schick in Leipzig. Gestorben: Die Witwe Frau Maria Schick in Leipzig...

Gefallen auf dem Felde der Ehre: Arthur Arland, L.-Neustadt, Meißner Str. 28.

Gestorben: Gustav Adolf Fiedler, Farnsdorf. Beerdigung Sonntag nachm. 3 Uhr.

Gestorben: Franz Bergner, Beerdigung Freitag nachm. 8 Uhr auf dem Friedhof in Kleinzeitzsch.

Gestorben: Karl Fritsche, Leipzig. Beerdigung 14. Beerdigung Sonntag vorm. 11 Uhr auf dem Südfriedhof.

Gestorben: Albert Nagel, Leipzig. Beerdigung Sonntag nachm. 3 Uhr auf dem Südfriedhof.

Gestorben: Frau Elisabeth Richter geb. Schreiber. Beerdigung Sonnabend nachmittags 1/3 Uhr in Döbeln.

Gestorben: Frau Bertha verw. Blank geb. Bertram. Beerdigung Sonntag nachm. 8 Uhr auf dem Südfriedhof.

Die Rede Graf Czernins

Wien, 24. Januar. (Wiener K. K. Korrespondenz-Bureau.) Der Minister des Auswärtigen Graf Czernin hielt heute im Ausschuss für Auswärtiges der österreichischen Delegation nachstehende Rede:

Hober Ausschuss! Es ist meine Pflicht, den Herren ein getreues Bild von den Friedensverhandlungen zu entwickeln, die verschiedenen Phasen der bisherigen Ergebnisse zu beleuchten und daraus jene Konklusionen zu ziehen, die wahr, logisch und berechtigt sind. Es scheint mir, daß jene, welche den Verlauf der Verhandlungen anscheinend zu langsam finden, sich auch nicht annähernd eine Vorstellung von den Schwierigkeiten machen können, denen wir naturgemäß auf Schritt und Tritt hier begegnen müssen. Ich werde mir in nachstehenden Paragraphen, diese Schwierigkeiten zu schildern, und möchte nur gleich vorweg auf den Kardinalunterschied hinweisen, welcher zwischen den Friedensverhandlungen von West-Litowisch und den Verhandlungen von West-Litowisch besteht. Niemals, soweit ich weiß, haben

Friedensverhandlungen vor offenen Fenstern

Kriegsgefahren. Es ist ganz ausgeschlossen, daß Verhandlungen, welche an Umfang und Tiefe den letzten gleichkommen, von der ersten Minute an glatt und ohne den geringsten Zwischenfall verlaufen könnten. Es gilt eine neue Welt aufzubauen und alles das, was vor erbarmungslosster aller Kriege zerstört und in den Boden gekämpft hat. Bei den Friedensverhandlungen, die wir kennen, haben sich deren verschiedene Phasen mehr oder weniger bei verschlossenen Türen abgepielt, und erst nach Ablauf der Verhandlungen wurde der Welt das Ergebnis mitgeteilt. Aus allen Büchern der Geschichte geht dies hervor. Es ist dies ja ganz selbstverständlich, daß der mühsame Weg solcher Friedensverhandlungen stets über Berg und Tal führt, und daß die Ausschüben manchen Tag günstiger, manchen Tag weniger günstig schienen. Wenn aber diese verschiedenen Phasen und Details der einzelnen Tage in die Welt hinaus telegraphiert werden, so ist es wieder ganz selbstverständlich, daß sie bei der

Die ganze Welt beherrschenden Aerostrahl

mit elektrischer Schläge wirken und die öffentliche Meinung aufreißeln. Was waren uns über den Nachteil dieses Vorganges vollständig im Klaren.

Wir haben trotzdem den Wünschen der russischen Regierung nach Veröffentlichung sofort statt, weil wir uns entgegenkommend zeigen wollten, weil wir nicht zu verdecken haben und weil es einen falschen Eindruck hätte machen können, wenn wir an dem bisher bestehenden Modus der vorerzählten Geheimhaltung festgehalten hätten. Aber die notwendige Reife dieser vollständigen Öffentlichkeit der Verhandlungen ist die, daß die große Öffentlichkeit, daß das Hinterland, vor allem die Führer, ruhige Nerven behalten. Die Partei muß mit kaltem Blute zu Ende gespielt werden, sie wird zu einem guten Ende kommen, wenn die Führer der Monarchie ihre verantwortlichen Vertreter auf der Friedenskonferenz unterstützen. Vorweg sei gesagt: Die Basis, auf der Österreich-Ungarn mit den verschiedenen neu entstandenen russischen Reichern verhandelt, ist die

ohne Kompensationen und ohne Annexionen

Das ist das Programm, das ich vor einem Jahre knapp nach meiner Ernennung zum Minister denjenigen gegenüber, die über den Frieden reden wollen, ausgesprochen, das ich den russischen Machthabern auf ihr erstes Friedensangebot hin wiederholte und von dem ich nicht abweichen werde. Diejenigen, die glauben, das ich von dem Wege, den ich mir zu gehen vornahm, abzudringen sei, sind schlechte Psychologen. Ich ließ die Öffentlichkeit niemals im Zweifel darüber, welchen Weg ich gehe. Ich ließ niemals auch nur ein einziges Wort über diesen Weg abdrängen, weder nach rechts noch nach links. Ich wurde seitdem der unbedingten Liebe der Alldeutschen und derjenigen der Monarchie, die die Alldeutschen nachahmen, und ich werde gleichzeitig als Kriegsheld vor denen verehrt, die den Frieden um jeden Preis wollen, wie zahlreiche Briefe mir beweisen. Dieses geht mir niemals. Im Gegenteil, diese doppelten Schimpereien sind meine einzige Erleichterung in dieser ersten Zeit. Ich erkläre nochmals, daß ich keinen Quadratkilometer, keinen Kreuzer von Rußland verlange, und daß, wenn Rußland, wie dies scheint, sich auf den gleichen Standpunkt stellt, die Friedensstunde kommen muß. Diejenigen, die den Frieden um jeden Preis wollen, können Zweifel an meinen Annexionen und Abzügen hegen, wenn ich ihnen nicht mit der gleichen rücksichtslosen Offenheit im Gesicht sagen würde, daß ich mich niemals dazu herablassen würde, einen Frieden zu schließen, der über den eben skizzierten Rahmen hinausginge. Wenn unsere russischen Kompensations- und Gebietsabteilung oder Kriegenschiedsrichter verlangen würden, so würde ich den Krieg fortsetzen, trotz des Friedenswunsches, den ich genau so auf habe, wie Sie, oder ich würde zurücktreten, wenn ich mit meiner Ansicht nicht durchdringen könnte. Das vorausgeschickt und nochmals betont, daß für diese letzte postumistische Annahme, daß der Friede scheitern wird, kein Grund vorliegt, da die Verhandlungen in den Kommissionen auf einer annexionen- und kompensationslosen Basis vereinigt, und nur neue Instruktionen der verschiedenen russischen Regierungen oder deren Verschwinden diese Basis zu verschieben imstande wären, gebe ich auf die zwei größten Schwierigkeiten über, die die Gründe enthalten, daß die Verhandlungen nicht so schnell, als wir alle möchten, verlaufen. Die erste Schwierigkeit ist, daß wir gar nicht mit den russischen Kompensations- und Gebietsabteilungen, sondern mit

verschiedenen neuerstandenen russischen Reichern

zu verhandeln haben, die untereinander ihre Kompetenzsphäre nach gar nicht abgegrenzt und erklärt haben. Es kommen hier in Betracht: das von Petersburg geleitete Rußland, zweitens unser eigentlicher neuer Nachbarstaat die große Ukraine, drittens Finnland, viertens der Kaukasus. Mit den beiden ersten verhandeln wir direkt; ich meine von Angesicht zu Angesicht, mit den beiden anderen vornehmlich oder weniger indirektem Wege, weil sie zuerst keine Unterhändler nach West-Litowisch schicken. Wenn vier russischen Kompensations- und Gebietsabteilungen stehen wir vier Mächte gegenüber und beispielsweise

der Fall „Kaukasus“.

in dem wir direkt natürlich gar keine Schwierigkeiten zu vereinigen haben; wie groß er aber in dem Konflikt mit der Türkei ist, beweist die Ausdehnung der Verhandlungsthema. Was uns speziell und in erster Linie interessiert, ist ferner der neuerstandene große Staat, an den wir in Zukunft angrenzen werden.

die Ukraine.

Wir kamen in den Verhandlungen mit dieser Delegation bereits sehr weit. Wir einigen uns auf der oben erwähnten annexionen- und kompensationslosen Basis und sind in großen Jagen darüber klar geworden, daß und wie die Handelsbeziehungen mit der neuerstandenen Republik wieder aufgenommen seien. Aber gerade dieses Beispiel der Ukraine zeigt eine der herrschenden Schwierigkeiten. Während die ukrainische Republik auf dem Standpunkt steht, daß sie vollkommen autonom und selbständig mit uns zu verhandeln berechtigt sei, steht die russische Delegation auf der Basis, daß die Grenzen ihres Reiches und der Ukraine noch nicht fixiert, und daß die Grenzen der Ukraine überhaupt noch nicht definitiv abgemacht sind, und daß Petersburg infolgedessen berechtigt ist, an unseren Verhandlungen mit der Ukraine teilzunehmen, eine Ansicht, der sich die Herren der ukrainischen Delegation nicht anschließen wollen. Aber diese ungeklärte Lage der inneren Verhältnisse Rußlands war der Grund zu der gewollten Verzögerung.

Wir wären auch über die Schwierigkeiten hinübergekommen, und ich glaube, daß die in einigen Tagen wieder aufzunehmenden Verhandlungen den Weg hier frei finden. Wie die Sache heute steht, weiß ich nicht, denn ich erhielt gestern von meinem Vertreter aus West-Litowisch folgende zwei Telegramme:

„Joffe teilte heute abend in seiner Eigenschaft als Präsident der russischen Delegation an die Delegations der vier verbündeten Mächte ein Inkonsistenz mit, in dem er bekanntgab, daß die Arbeiter- und Bauernregierung der ukrainischen Republik beschloffen habe, zwei Delegierte nach West-Litowisch mit dem Auftrag zu entsenden, an den Friedensverhandlungen als Vertreter des Zentralkomitees der ukrainischen Arbeiter-, Soldaten- und Bauernregie, jedoch

innerhalb der russischen Delegation als ergänzender Bestandteil derselben teilzunehmen.“

Joffe fügt dieser Mitteilung hinzu, daß die russische Delegation bereit ist, diese ukrainischen Vertreter in ihren Bestand aufzunehmen.

Obiger Mitteilung ist die Kopie einer aus Charkow datierten, an den Vorsitzenden der russischen Friedensdelegation in West-Litowisch gerichteten

Erklärung der Arbeiter- und Bauernregierung der ukrainischen Republik

beigeflohen, worin bekanntgegeben wird, daß die Kiener Zentralrada lediglich die bestehenden Klassen vertritt, infolgedessen nicht im Namen des ganzen ukrainischen Volkes handeln könne. Die ukrainische Arbeiter- und Bauernregierung erklärt, daß sie etwaige ohne ihr Zutun zustande gekommene Abmachungen der Delegierten der Kiener Zentralrada nicht anerkenne, ist ihrerseits jedoch entschlossen, Vertreter nach West-Litowisch zu entsenden, die dort als ergänzende Bestandteile der russischen Delegation, die sie als Bevollmächtigte der föderativen Regierung Rußlands anerkennen, aufzutreten haben werden.

Ferner: Die deutsche Uebersetzung des russischen Originaltextes des gestern abend erhaltenen Schreibens Joffes in der Angelegenheit der Delegierten der Charkower ukrainischen Regierung sowie dessen zwei Beilagen lautet wie folgt:

„An den Vorsitzenden der österreichisch-ungarischen Friedensdelegation. Herr Minister! Indem ich anbei die Kopie einer von mir erhaltenen Erklärung der Delegierten der Arbeiter- und Bauernregierung der ukrainischen Republik W. M. Schandrai, F. O. Medwedjew und ihrer Mandatäre überende, habe ich die Ehre, Ihnen mitzuteilen, daß die russische Delegation in voller Uebereinstimmung mit dem von ihr wiederholt anerkannten Recht auf die freie Selbstbestimmung aller Völker, darunter natürlich auch des ukrainischen, keinerlei Hindernisse für die Teilnahme der Vertreter der Arbeiter- und Bauernregierung der ukrainischen Republik an den Friedensverhandlungen erblickt und sie entsprechend dem von Ihnen geäußerten Wunsche mit in den Bestand der russischen Friedensdelegation aufnimmt als bevollmächtigte Vertreter der Arbeiter- und Bauernregierung der ukrainischen Republik. Indem ich dieses zu Ihrer Kenntnis bringe, Herr Minister, bitte ich Sie, den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung entgegenzunehmen.“

Der Vorsitzende der russischen Friedensdelegation. A. Joffe.“

Beilage I.

An den Vorsitzenden der Friedensdelegation der russischen Republik. Erklärung!

Wir, die Vertreter der Arbeiter- und Bauernregierung der ukrainischen Republik, Volkskommissar für militärische Angelegenheiten W. M. Schandrai und der Vorsitzende des allukrainischen Zentralrevolutionären Komitees, der Räte der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputation, G. P. Medwedjew, die wir nach West-Litowisch zur Förderung der Friedensverhandlungen mit den Vertretern Deutschlands, Österreich-Ungarns, Bulgariens und der Türkei in voller Uebereinstimmung mit den Vertretern der Arbeiter- und Bauernregierung der russischen föderativen Republik delegiert worden sind, als welche der Rat der Volkskommissare anzuweisen ist, erklären hiermit folgendes:

Das Generalsekretariat der ukrainischen Zentralrada kann keinesfalls als Vertreter des ganzen ukrainischen Volkes anerkannt werden. Im Namen der ukrainischen Arbeiter-, Soldaten- und Bauern erklären wir kategorisch, daß alle Vorschläge, die das Generalsekretariat ohne Einigung mit uns taugt, und ukrainisches Volk nicht anerkannt werden und nicht durchgeführt werden können und keinesfalls in die Tat umgesetzt werden können.

In voller Uebereinstimmung mit dem Räte der Volkskommissare, folglich auch mit der Delegation der russischen Arbeiter- und Bauernregierung werden wir in Zukunft die Friedensverhandlungen mit den Delegierten des Vierbundes zusammen mit der russischen Friedensdelegation führen. Dabei bringen wir folgende Resolution zu Ihrer Kenntnis, Herr Vorsitzender, welche von den Zentralrevolutionären Komitees der allukrainischen Räte der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputationen am 20. 12. 1917 (12. 1. 1918) angenommen wurden. Das Zentralrevolutionäre Komitee beschloß, zur Teilnahme an den Friedensverhandlungen den Vorsitzenden des Zentralrevolutionären Komitees, Genossen Medwedjew, und die Volkssekretäre Salonski und Schandrai zu delegieren, die damit beauftragt sind, kategorisch zu erklären, daß alle Vorschläge der ukrainischen Zentralrada namens des ukrainischen Volkes aufzutreten, als eigenmächtige Schritte der Bourgeoispartei der ukrainischen Bevölkerung gegen den Willen und die Interessen der arbeitenden Klassen der Ukraine anzusehen sind, daß keinerlei Vorschläge, die die Zentralrada gefaßt hat, weder von der ukrainischen Sowjetregierung noch vom ukrainischen Volke anerkannt werden, daß die ukrainische Arbeiter- und Bauernregierung den Rat der Volkskommissare als Organ der allukrainischen Sowjetregierung für berechtigt ansieht, namens der ganzen russischen föderativen Arbeiter- und Bauernregierung, daß die Delegation der ukrainischen Arbeiter- und Bauernregierung, die zu dem Zweck entsandt ist, um die eigenmächtigen Schritte der ukrainischen Zentralrada aufzuheben, zusammen mit der allukrainischen Delegation und in voller Uebereinstimmung mit dieser aufzutreten wird.

Zusatz: Das vom Volkssekretariat der ukrainischen Arbeiter- und Bauernregierung am 20. 12. 1917 erteilte Mandat hat folgende Fassung: Der Volkssekretär für Volksaufklärung Wladimir Petrowitsch Salonski ist unterwegs erkrankt und daher nicht gleichzeitig mit uns eingetroffen.

Januar 1918.

Der Vorsitzende des Zentralrevolutionären Komitees der allukrainischen Soldaten- und Bauerndeputationen: G. Medwedjew. Der Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten: Schandrai.

Mit dem Original übereinstimmend:

Der Sekretär der Friedensdelegation: Leo Karachen. Beilage 2. Auf Verlangen des Zentralrevolutionären Komitees der Räte der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenpartei der Ukraine beschloß das Volkssekretariat der ukrainischen Republik namens der Arbeiter- und Bauernregierung der Ukraine hierdurch den Vorsitzenden der Räte der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputationen der Ukraine, Genossen Medwedjew, den Volkssekretär für militärische Angelegenheiten Koffi Matwejewitsch Schandrai und den Volkssekretär für Volksaufklärung Wladimir Petrowitsch Salonski, namens der ukrainischen Volksrepublik an den Verhandlungen mit den Regierungen Deutschlands, Österreich-Ungarns, der Türkei und Bulgariens über die Friedensbedingungen zwischen den genannten Staaten und der russischen föderativen Republik teilzunehmen. Zu diesem Zwecke wird den genannten Bevollmächtigten Joffe, Gregorjewitsch, Medwedjew, Koffi, Matwejewitsch, Schandrai und Wladimir Petrowitsch Salonski das Recht eingeräumt, in Fällen, wo sie dies für notwendig halten, Erklärungen abzugeben und Schriftsätze zu unterzeichnen im Namen der Arbeiter- und Bauernregierung der ukrainischen Republik. Alle ihre Handlungen sind die Bevollmächtigten der ukrainischen Arbeiter- und Bauernregierung verpflichtet, in Uebereinstimmung zu bringen mit den Handlungen der Bevollmächtigten der Arbeiter- und Bauernregierung der russischen föderativen Republik, als welche der Rat der Volkskommissare anzusehen ist.

Namens der Arbeiter- und Bauernregierung der ukrainischen Volksrepublik die Volkssekretäre für internationale Angelegenheiten, für innere Angelegenheiten, für militärische Angelegenheiten, für Justiz, für Arbeiter- und für Verpflegung:

Der Geschäftsführer des Volkssekretariats, Charkow.

20. 12. 1917 / 12. 1. 1918.

Mit den Kopie übereinstimmend:

Der Vorsitzende der russischen Friedensdelegation.

A. Joffe.

Das ist jedenfalls eine neue Schwierigkeit; denn wie können und wollen wir nicht in interne Angelegenheiten Rußlands einmischen. Ist aber dieser Weg einmal frei, so wird sich auch weiter keine Schwierigkeit bieten. Wir werden übereinstimmend mit der ukrainischen Republik konstatieren, daß die alten Grenzen zwischen Österreich-Ungarn und dem früheren Rußland auch zwischen uns und der Ukraine gelten.

Was Polen betrifft.

Wenn Grenzen übrigens noch nicht genau fixiert sind, so wollen wir

gar nichts von diesem neuen Staate. Frei und unbeeinträchtigt soll Polen Bevölkerung ihr eigenes Schicksal wählen. Ich lege dabei meinerseits gar keinen besonderen Wert auf die Form eines diesbezüglichen Volkstums. Je sicherer sich der allgemeine Volkswille widerspiegelt, desto lieber ist es mir; denn ich will

nur den freiwilligen Anschluß Polens.

Nur in dem diesbezüglichen Wunsche Polens sehe ich die Gewähr einer dauernden Harmonie. Ich halte unbedenklich an dem Standpunkte fest, daß die polnische Frage den Friedensschluß nicht um einen Tag verlängern darf. Wird es nach Friedensschluß Anlehnung an uns suchen, so werden wir es gerne aufnehmen. Der Frieden darf und muß die polnische Frage nicht gefährden.

Ich hätte es so gerne gesehen, wenn die polnische Regierung an den Verhandlungen hätte teilnehmen können; denn meiner Ansicht nach ist Polen ein selbständiger Staat. Die Petersburger Regierung aber steht auf dem Standpunkte, die heutige polnische Regierung sei nicht berechtigt, namens ihres Landes zu sprechen. Sie hat sie nicht als kompetenten Exponenten des Landes anerkannt. Daher stehen wir von dem Vorhaben ab, um nicht einen ewigen Konflikt einzuleiten. Die Frage ist gewiß wichtig, aber wichtiger noch ist die Beilegung aller Schwierigkeiten, die den Abschluß der Verhandlungen verzögern.

Die zweite Schwierigkeit, die vorliegt und die auch in den Mitternächten größten Wehrhalt sind, ist, ich lauge es nicht, die Meinungsdivergenz unserer deutschen Bundesgenossen mit der Petersburger Regierung über die

Interpretation des Selbstbestimmungsrechtes

der russischen Völker, nämlich jener Gebiete, die von den deutschen Truppen besetzt sind. Auch Deutschland steht auf dem Standpunkte, daß es keine gewaltsame Gebietsveränderungen von Rußland beabsichtigt. Aber, in zwei Worten gesagt, ist die Meinungsdivergenz eine doppelte. Erstens steht Deutschland auf dem berechtigten Standpunkte, daß die jahrelang erfolgten Willensäußerungen nach Selbstbestimmung und Unabhängigkeit seitens kaiserlicher Korporationen, Gemeindevertretungen usw. in den okkupierten Provinzen als „provisorische“ Basis für die Volksmeinung zu gelten hätten, die nachher durch ein Volksstimmrecht auf breiter Basis zu überprüfen seien, ein Standpunkt, dem die russische Regierung vorerst noch ablehnend gegenübersteht, da sie den bestehenden Organen in Ausland und Kanton das Recht, im Namen dieser Provinzen zu sprechen, nicht zuerkennt, ebenso wenig wie den polnischen. Zweitens dann, daß Rußland verlangt, daß ein Volksstimmrecht stattfinden, nachdem sich sämtliche deutschen Truppen und Verwaltungsorgane aus den okkupierten Provinzen zurückgezogen haben, während Deutschland darauf hinweist, daß eine solche bis in die äußersten Konsequenzen durchgeführte Evakuierung ein Vakuum schaffen würde, das den Ausbruch der vollständigen Anarchie und der größten Not unumvermeidlich hervorrufen würde. Es muß hier erklärt werden, daß alles, was heute in den okkupierten Provinzen staatliches Leben ermöglicht, deutscher Beschäftigung ist: Bahnen, Post, Telegraph, die ganzen Industrien, aber auch der ganze Verwaltungsapparat, Polizei, Rechtspflege, alles liegt in deutschen Händen. Die plötzliche Zurückziehung des ganzen Apparates würde tatsächlich einen Zustand schaffen, der praktisch nicht haltbar erscheint. In beiden Fragen handelt es sich darum, einen Mittelweg zu finden, der gefunden werden muß. Die Differenzen bei beiden Standpunkten sind meiner Ansicht nach nicht groß genug, um ein Scheitern der Verhandlungen rechtfertigen zu können. Aber solche Verhandlungen lassen sich nicht über Nacht beenden, sie brauchen Zeit. Sind wir einmal mit den Russen zum Frieden gekommen, ist meiner Ansicht nach

der allgemeine Friede nicht mehr lange zu verhindern.

trotz aller Anstrengung der westlichen Entente-Mächte. Ich habe voran gemerkt, es sei hier und dort nicht verstanden worden, warum ich in meiner ersten Rede nach Wiederaufnahme der Verhandlungen erklärte, daß es sich jetzt in West-Litowisch um einen allgemeinen, sondern um einen Separatfrieden mit Rußland handle. Das war die notwendige Konstatierung einer klaren Tatsache, welche auch Herr Trotski rückhaltlos anerkannte. Sie war notwendig, weil man auf einer anderen Basis verhandelt, d. h. im begrenzteren Rahmen, wenn es sich um den Frieden mit Rußland allein, als wenn es sich um einen allgemeinen Frieden handelt. Obwohl ich mich keinen Illusionen darüber lasse, daß die Frucht des allgemeinen Friedens nicht über Nacht teufeln wird, bin ich dennoch überzeugt, daß sie im Reifen begriffen, daß es nur eine Frage des Durchhaltens ist, ob wir einen ehrenvollen allgemeinen Frieden erhalten oder nicht.

Ich bin in dieser Ansicht neuerlich bekräftigt worden durch das Friedensangebot, welches der

Präsident der Unionstaaten

an die ganze Welt gerichtet hat. Es ist dies ein Friedensangebot, denn in 14 Punkten entfaltete Wilson die Grundlagen, worauf er einen allgemeinen Frieden herbeizuführen wünscht. Es ist ganz selbstverständlich, daß kein solches Angebot ein Elaborat darstellen kann, welches in allen Details annehmbar erscheint. Wäre dies der Fall, dann wären Verhandlungen überhaupt überflüssig, dann könnte ja der Friede durch einfache Annahme, durch einfaches Ja und Amen abgeschlossen werden. Das ist natürlich nicht der Fall. Aber ich nehme keinen Anstand, zu erklären, daß ich in den letzten Vorschlägen des Präsidenten Wilson

eine bedeutende Annäherung an den österreichisch-ungarischen Standpunkt

finde, daß sich unter seinen Vorschlägen einzelne befinden, denen wir sogar mit großer Freude zustimmen können. Wenn es mir nunmehr gestattet ist, auf diese Vorschläge genauer einzugehen, muß ich zwei Dinge vorausschicken. Soweit sich die Vorschläge auf unsere Verbündeten beziehen — es ist von deutschem Besitz, von Belgien und vom türkischen Reich die Rede — erkläre ich, daß ich getreu den übernommenen Bundespflichten, für die Verteidigung der Bundesgenossen bis zum letzten Atemzuge zu gehen, fest entschlossen bin. Den vorkriegserischen Besitzstand unserer Bundesgenossen werden wir verteidigen mit den eigenen. Das ist der Standpunkt innerhalb der vier Mächten bei vollständiger Neutralität. Zweitens habe ich zu bemerken, daß ich Vorschläge, wie wir bei uns im Innern zu regieren haben, höflich, aber entschieden ablehne. Wir haben in Österreich ein Parlament des allgemeinen, gleichen, direkten und gebietlichen Wahlrechtes. Es gibt kein demokratischeres Parlament auf der Welt. Dieses Parlament, zusammen mit den übrigen verfassungsmäßig berechtigten Faktoren allein, hat das Recht, über

interne Angelegenheiten Österreichs

zu entscheiden. Ich spreche nur von Österreich, weil ich in der österreichischen Delegation nicht über interne Angelegenheiten des ungarischen Staates spreche. Ich würde das nicht für verfassungsmäßig halten. Wir müssen uns auch nicht in amerikanischen Dinge, aber wir wünschen ebensowenig ausländische Vermischungen irgendwelcher anderen Staates. Das vorausgeschickt, erlaube ich mir, auf die noch übrigen Punkte folgendes zu erwidern:

Zu dem Punkte, welcher von der Abschaffung der Geheimdiplomatie und der vollkommenen Offenheit der Verhandlungen spricht, habe ich nichts zu bemerken. Ich habe, soweit von öffentlicher Verhandlung die Rede ist, von meinem Standpunkte aus, gegen eine solche Methode, soweit sie auf voller Neutralität beruht, nichts einzuwenden. Wenn ich auch lebhaftest Zweifel hege, ob sie unter allen Umständen der praktischste schnellste Weg ist, zu Ergebnissen zu gelangen.

Die diplomatischen Verträge sind nichts anderes als Geschäfte.

Nun kann ich mir leicht Fälle denken, wo beispielsweise zwischen Staaten handelspolitische Abmachungen zu treffen wären, ohne daß es wünschenswert wäre, das nach ungerichteter Ergebnis der ganzen Welt im vorkriegsmäßig mitzuteilen. Bei solchen Verhandlungen beginnen naturgemäß beide Teile damit, daß sie ihre Wünsche möglichst hochschreiben, um nach und nach den einen und anderen Wunsch als Kompensation zu verzerren, bis endlich jenes Gleichgewicht der gegenseitigen Interessen vorhanden ist, welches erreicht werden muß, damit der Abschluß des Vertrages

möglich ist. Sollten solche Verhandlungen vor der großen Öffentlichkeit geführt werden, so läßt sich nicht vermeiden, daß die Öffentlichkeit für jeden einzelnen dieser Wünsche leidenschaftlich Stellung nimmt, worauf dann jeder Verzicht auf solchen Wunsch, selbst wenn er nur aus tatsächlichen Gründen gebührt würde, als Niederlage betrachtet würde. Wenn sich die Öffentlichkeit für einen solchen Wunsch besonders stark erregt, kann dadurch das Zustandekommen eines Vertrages unmöglich werden oder der Vertrag wird, wenn er doch zustande kommt, als Niederlage empfunden werden, vielleich auf beiden Seiten. Dadurch würde aber das friedliche Zusammenleben nicht gefördert, sondern im Gegenteil eine Vermehrung der Reibungen zwischen den Staaten bewirkt werden. Was aber für Handelsverträge gilt, gilt auch für politische Abmachungen, die ja politische Geschäfte behandeln. Wenn mit der Abschaffung der Geheimdiplomatie gemeint ist, daß es keine Geheimverträge geben sollte und daß Verträge ohne Wissen der Öffentlichkeit nicht bestehen können, habe ich nichts dagegen einzuwenden, daß diese Prinzipien verwirklicht werden. Die Durchführung dieser Prinzipien und seine Verwirklichung gedacht ist, weiß ich allerdings nicht. Wenn die Regierungen zweier Staaten einig sind, werden sie immer geheime Abmachungen schließen können, ohne daß jemand etwas davon erfährt. Aber das sind Nebenfragen. Ich liebe nicht an Formeln. In einer mehr oder weniger formalen Frage wird von mir aus niemals ein verbindliches Arrangement scheitern. Punkt 2 betrifft die

Freiheit der Meere.

Der Herr Präsident hat bei diesen Postulaten allen aus dem Herzen gesprochen. Ich unterschreibe diesen Wunsch Amerikas voll und ganz, insbesondere deshalb, weil der Herr Präsident die Klausel hinzugefügt: „outside territorial waters“, d. h. also die Freiheit des offenen Meeres, aber natürlich kein Gewaltangriff in die diesbezüglichen Hoheitsrechte unserer treuen türkischen Bundesgenossen. Ihr Standpunkt in dieser Frage wird der unsere sein. Punkt 3, der sich als definitiv gegen den zukünftigen Wirtschaftskrieg ausspricht, ist so richtig und vernünftig und so oft von uns verlangt worden, daß ich ebenfalls nichts hinzuzufügen habe. Der Punkt, der die allgemeine Abrüstung verlangt, erklärt in besonders guter und klarer Erklärung die Notwendigkeit, die freie Rüstungsindustrie nach dem Kriege auf jenes Maß herunterzubringen, das die interne Sicherheit des Staates erfordert. Herr Wilson spricht dies klipp und klar aus. Ich habe mir gestattet, den

gleichen Gedanken vor einigen Monaten in meiner Budapest Rede zu entwickeln. Er bildet

einen Teil meines politischen Glaubensbekenntnisses.

Eine jede Stimme, die sich in gleichem Sinne erhebt, begrüße ich dankbar. Was den russischen Passus anbelangt, so beziehen wir bereits mit Zeden, daß wir befreit sind, ein freundschaftliches Verhältnis zu schaffen. Was Italien, Serbien, Rumänien und Montenegro betrifft, so kann ich nur den Standpunkt wiederholen, den ich bereits in der ungarischen Delegation zum Ausdruck gebracht habe.

Gernin betont seine Übereinstimmung mit

Wilson's Vorschlag eines Völkerbundes

und bemerkt, daß sich aus der Vergleichung seiner Ansichten und derer Herrn Wilson's ergebe, daß sich bei beiden Ansichten nicht nur in den großen Prinzipien, nach denen die Welt mit Abschluß dieses Krieges neu geordnet werden soll, im wesentlichen übereinstimmen, sondern daß bei der Auffassung sich auch in den konkreten Friedensfragen nähern. Graf Gernin hebt dann hervor, daß er mit der Ukraine besonders deshalb sein Frieden kommen wolle, um dem Volke endlich den Lohn für sein Aushalten zu geben und bei ihm gleich die Fragen des Nahrungs- und Handelsaustausches zu regeln. Seine Gegner haben ihm scharf auf die Finger, ob sie ihn nicht etwa durch Maßnahmen zu einem für Oesterreich ungünstigeren Frieden zwingen könnten. Er müsse daher auf die Unterstützung der Heimat

rechnen. Diese dürfe ihm nicht durch Streiks ufm. in den Rücken fallen. Er müsse daher die Herren vor die Alternative stellen, ihn ferner zu unterstützen oder ihn zu strafen. Ihn halte nichts weiter als seine Pflicht an den Posten. Der Minister schloß: Es geht ums Ganze. Sie haben Vertrauen oder Sie haben es nicht. Sie müssen mir helfen oder mich strafen. Ein Drittes gibt es nicht. Ich bin zu Ende.

Das Ende des österreichischen Streiks

Wien, 24. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die letzten Galzkatzen haben heute in Wien die Arbeit wieder aufgenommen. Die Parteiführung hat also die Herrschaft über die Massen wiedererlangt.

Deutsche Zeitungen der Kriegsgefangenen in Feindesland

Über haben die deutschen Postüberwachungsstellen deutsche Zeitungen und Wochenschriften, die sich in den Sendungen an die deutschen Kriegsgefangenen im feindlichen Ausland befanden, angehalten und den Absendern wieder zurückgeschickt, da Berechtigung zu der Annahme vorlag, daß unsere Gegner Postsendungen, denen Zeitungen beigelegt waren, den Gefangenen überhaupt nicht ausbändigen. Um dem Widerstand anfechtender Gefangenen nach einer engeren Verbindung mit der Heimat, wie die Presse sie herstellen kann, Rechnung zu tragen, sind die Postüberwachungsstellen nunmehr angewiesen worden, der Ausfuhr solcher Druckschriften an Kriegsgefangene keine Hindernisse mehr zu bereiten. Natürlich handelt es sich dabei nur um Tageszeitungen und Wochenzeitschriften, deren Ausfuhr überaus, d. h. ins neutrale Ausland, durch Ausfuhrzeichen gestattet ist. Es sei noch darauf hingewiesen, daß die Verschwendung von Wochenschriften, welche Karikaturen auf die feindlichen Mächte enthalten, im eigenen Interesse der Gefangenen unterbleiben muß, da sie für diese unter Umständen unerwünschte Folgen haben könnte.

Elektrizitätssteuer — nicht Monopol

Berlin, 24. Januar. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Eine Elektrizitätssteuer wird für wahrscheinlicher gehalten als ein Elektrizitätsmonopol. Wegen der Absicht, ein Monopol für das Reich zu schaffen, würden die Bundesstaaten, die für sich die elektrische Kraft verwerten wollen und dazu bereits Schritte getan haben, z. B. Bayern und Sachsen, entschiedenen Widerstand erheben. Außerdem aber bestanden gegen ein Monopol der elektrischen Kraft mannigfache Bedenken im allgemeinen. Man will bei der Erzeugung und Verwertung dieser Kraft die Privatindustrie nicht ausschalten. Dagegen erblüht man in einer ausgiebigen Steuer einen willkommenen Beitrag für die nach dem Krieg notwendige Gebührensicherung des Reiches.

Handels-Zeitung

Zollfreiheit zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn

7. Leitartikel von Bankier Loewy-Hawitsch Mitglied der Handelskammer für den Regierungsbezirk Posen

Die folgenden Anregungen des Verfassers, der auch unseren Lesern aus früher von uns veröffentlichten Aufsätzen nicht unbekannt ist, geben wir gern wieder, wenn wir auch nicht verkennen, daß ein auf völliger Zollfreiheit beruhendes Provisorium manchen Entwicklungsmöglichkeiten hemmend im Wege stehen kann und außerdem schwer durchzusetzen sein dürfte.

1. Die von Deutschland erhobenen Zölle sind nach einstimmiger Auffassung nicht als Finanzzölle, sondern als Schutzzölle sowohl für die Landwirtschaft als auch für die Industrie zu betrachten.
2. Während der langen Kriegsdauer haben und während der Übergangszeit werden die Produktionsbedingungen und Absatzverhältnisse so gewaltig, vielfach unumwälzende Veränderungen erfahren, daß mit Sicherheit heute niemand sagen kann, für welche Waren und in welcher Höhe im Interesse der deutschen Produktion Schutzzölle erwünscht sein werden.
3. Für eine geraume Zeit nach dem Kriege erscheint bei dem allgemein vorliegenden Mangel an landwirtschaftlichen und industriellen Erzeugnissen ein Zollschutz sowohl für die Landwirtschaft als auch für die Industrie entbehrlich, da bei dem herrschenden Warenmangel einerseits durch Schutzzölle eine Abhaltung des Imports weder erreichbar noch erwünscht wäre, andererseits auch ohne Schutzzölle der heimischen landwirtschaftlichen und industriellen Produktion reichlicher Absatz zu befriedigenden Preisen unzweifelhaft sicher ist.
4. Eine wirtschaftliche Annäherung zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn erscheint allen Praktikern und Theoretikern erwünscht. Umstritten ist nur die Frage, wie weit sich die Annäherung erstrecken soll.
5. Da aus den zu 2 angegebenen Gründen heute feste Bedingungen für längere Dauer nicht opportun erscheinen und aus den zu 3 angegebenen Gründen für die nächste Zeit nach dem Kriege die deutsche Volkswirtschaft und aus den gleichen Gründen auch die oesterreich-ungarische, ohne Schaden zu erleiden, Zollschutz entbehren kann, so empfiehlt sich für die Dauer eines Jahres ein Provisorium auf Basis völliger Zollfreiheit zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn.
6. Während dieses einjährigen Provisoriums, das, falls nötig, auf ein weiteres Jahr verlängert werden könnte, würden durch die Erfahrungen sich die Ansichten klären, und man würde sicher leichter und auf realerer Grundlage fesseln als heute — bis dahin würde man auch in der Währungsfrage klarer sehen — dann zu definitiven Entschlüssen über die dauernde Gestaltung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn gelangen können.
7. Das vorgeschlagene Provisorium erscheint notwendig, da einerseits gegen eine dauernde Zollgemeinschaft heute noch zu haben und drüben die Widerstände zu groß sind, als daß die beiderseitigen verantwortlichen Stellen sich über sie hinwegsetzen könnten, andererseits das Streben nach einem wirtschaftlich geeinigten Mitteleuropa so weit, so wertvoll und so sachverständige Kreise benehmt, daß die so günstig nie wiederkehrende Gelegenheit nicht ungenutzt beißen sollte, die ohne Schaden mögliche Probe zu machen, ob ein wirtschaftlich geeinigtes Mitteleuropa nur ein Phantom ist, oder ob es in die Wirklichkeit umgesetzt werden kann zu Nutz und Frommen der beteiligten Völker, zur Förderung ihrer wirtschaftlichen Blüte und ihres Wohlstandes.

Verschiedenes

- Neustädter Bank in Neustadt i. Sa. In der Hauptversammlung wurde, wie uns unser Mitarbeiter drähtlich berichtet, die Erhöhung des Aktienkapitals um 400.000 M auf 1.000.000 M genehmigt. Die neuen Aktien sind von der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt zu 136 Proz. übernommen worden. Ein Bezugsrecht der Aktionäre kommt bekanntlich nicht in Frage. Neu in den Aufsichtsrat gewählt wurden Bankdirektor Karl Zieschang von der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt, Abteilungs-Dresden, und Landtagsabgeordneter Owin Frenzel-Neustadt.
- Bilanzabschluss. Befreiung von der Vorlegung der Bilanz für 1916/17 wurde erließ der Guatemala-Plantagen-Akt-Ges. in Hamburg und der Osuna-Rochela-Plantagen-Gesellschaft sowie der Reederei-Akt-Ges. von 1896 in Hamburg für 1917; letzterer Gesellschaft, weil im abgelaufenen Jahre ihre sämtlichen Dampfer stillgelegt haben.
- Frankfurter Allgemeine Versicherungs-Akt-Ges. Das Unternehmen erhöht, wie uns unser Mitarbeiter drähtlich berichtet, sein Kapital von 20.50 auf 30.75 Mill. Mark. Die neuen, ab 1. Januar 1918 dividendenberechtigten Aktien von 1000 M werden mit 35 Proz. eingezahlt und den alten Aktionären zu 1500 M angeboten, zuzüglich 4 1/2 Proz. Zinsen ab 1. Januar, also mit 200 M Einzahlung und 1250 M Aufgeld. Zur Begründung ihres Antrages verweist die Verwaltung auf die gewaltigen Aufgaben, die dem Unternehmen nach dem Kriege bevorstehen. Auf der Tagesordnung der Generalversammlung steht auch ein Antrag auf Statutenänderungen, nach denen die Anlage des Vermögens der Gesellschaft durch Beteiligung an anderen wirtschaftlichen Unternehmen, durch Übernahme von Aktien, Anteilscheinen und dergl., zulässig sein soll. Zunächst ist die Beteiligung an einer Schiffhebungsgesellschaft im Aussicht genommen.
- Die Wiener Lombard- und Diskontobank erhöht ihr Aktienkapital von 15 auf 20 Mill. Kronen.
- Neue holländische Schatzwechselmission. Nach einer Amsterdamer Meldung der „Frankr. Ztg.“ wurde der holländische Finanzminister ermächtigt, für 50 Mill. Gulden neue niederländische Schatzwechsel und 4 1/2 Proz. Schatzscheine auszugeben.

• Wiederaufnahme des Verkaufes französischer Obligations. Die französische Regierung veröffentlicht ein Dekret zur Wiederaufnahme des Verkaufes von 3proz. auf fünf Jahre laufende Nationalanleiheobligationen, der während der Ausgabepause der französischen Kriegsanleihe eingestrichelt war. Auch wird die Ausgabe neuer, sieben Jahre in Laufende 3proz. Obligations zum Kurse von 100,50 Fr. unter Vorauszahlung des Semestralcoupons angekündigt.

• Mannesmannröhren-Werke, Akt.-Ges., in Düsseldorf. Einer Drahtmeldung unseres sp-Mitarbeiters zufolge stimmte die Generalversammlung einstimmig dem Erwerb der Kuxenmehrheit der Zeche „Unser Fritz“ und der damit verbundenen Kapitalerhöhung um 14 Mill. Mark zu. In der Begründung verwies die Verwaltung darauf, daß die Selbstversorgung mit Brennstoffen sich durch den Erwerb einer zweiten Zeche löckenlos gestalte. Die Lebensdauer der Zeche Königin Elisabeth sei in technischer und wirtschaftlicher Hinsicht bedeutend verlängert. Mit Hilfe der eigenen Hafenanlage der Zeche „Unser Fritz“ werde es möglich sein, das Werk in Huckingen, das durch den Bau einer Hochofenanlage eine bedeutende Erweiterung erfahren werde, auch auf dem Wasserwege mit Brennstoff zu versorgen; und auch den südwestlichen Werken sei nun die Möglichkeit einer solchen Versorgung gesichert. Bezüglich der Qualität der Zeche wurde noch bemerkt, daß sich günstige Verhältnisse in bezug auf Selbstkosten und Arbeitsleistung pro Mann und Schicht ergäben. Neu in den Aufsichtsrat gewählt wurden Kommerzienrat Karl Rudolf Poenagen, Rittmeister a. D. Burgsdorf und Kommerzienrat August von Waldhausen-Düsseldorf.

• Gewerkschaft „Unser Fritz“. In der außerordentlichen Generalversammlung, in der 891 Kuxe vertreten waren, wurde das Kaufangebot der Mannesmannröhren-Werke einstimmig angenommen. Der Grubenvorstand bemerkte, daß bereits seit Jahren Kaufangebote an die Zeche herangetragen seien, die man aber wegen ihrer niedrigen Preise und der ungünstigen Bedingungen im Vergleich zum inneren Werte der Zeche den Gewerkschaften niemals ernstlich gemacht habe. Das Angebot der Mannesmannröhren-Werke werde aber von Vorstand beifällig, da es günstig für „Unser Fritz“ sei und auch für die Zukunft eine gute Verzinsung des Kapitals verspreche.

• Rheinische Akt.-Ges. für Braunkohlenbergbau und Briquetfabrikation in Köln. In der außerordentlichen Generalversammlung wurde, wie uns unser sp-Mitarbeiter drähtlich berichtet, einstimmig der Erhöhung des Kapitals um 12 auf 47 Mill. Mark zugestimmt. Die Aktien werden zu 100 Proz. ausgegeben und sind mit Dividendenschein ab 1. Januar 1918 sowie einer 6proz. Vorzugsdividende ausgestattet. Das Bezugsrecht der Aktionäre ist ausgeschlossen. Zur Begründung ihres Antrages bemerkte die Verwaltung, daß die neuen Mittel zur Verbesserung der Anlagen und zur Erweiterung des Grundbesitzes dienen sollten.

• Akt.-Ges. für Bergproduktienhandel und Montanindustrie in Berlin. Das Unternehmen arbeitete in 1916/17 mit einem Gewinn von 83.042 (i. V. 140.500) M. Hiervon dienen zu Abschreibungen 4163 M, während 78.933 (149.500) M zur Verminderung der Unterbilanz auf 1,76 (1,85) Mill. Mark verwendet werden.

• Kaligewerkschaft Wintershall. Das Unternehmen hat in der Schweiz eine 4proz. Anleihe von 8 Millionen, rückzahlbar in 10 Jahren zum Kurse von 123,5 in Schweizer Franken, also mit einem erheblichen Valuarisiko, ausgenommen.

• Friedr. Krupp, Akt.-Ges., in Essen. Im Anzeigenteil wird eine Liste der zur Rückzahlung am 1. Juni d. a. gezogenen Stücke der 4proz. Anleihe der Firma Friedr. Krupp, Gießfabrik, vom Jahre 1910 und der 4proz. Anleihe der Friedr. Krupp, Akt.-Ges., vom Jahre 1916 veröffentlicht.

• Verneinung in der Maschinenindustrie. In den Aufsichtsratsberichten der Maschinenfabrik R. Wolf, Akt.-Ges., in Magdeburg-Buckau und der Ascherslebener Maschinenfabrik, Akt.-Ges., in Aschersleben wurde beschlossen, den Hauptversammlungen beider Gesellschaften den Übergang der Ascherslebener Maschinenfabrik auf die R. Wolf-Gesellschaft im Wege der liquidationslosen Fusion vorzuschlagen. Für das 4 Mill. Mark betragende Aktienkapital der Ascherslebener Gesellschaft wird die Burkauer Unternehmen 4,25 Mill. Mark Aktien mit Dividendenberechtigung ab 1. April 1918 gewährt. Bei der R. Wolf-Akt.-Ges. ist nur eine Erhöhung des Kapitals um 1,75 Mill. Mark notwendig, da sie aus der beschlossenen und durchgeführten Umwandlung der Vorzugsaktien in Stammaktien über 2,5 Mill. Mark neuer Aktien verfügt. Direktor Noß von der Ascherslebener Maschinenfabrik tritt in die Direktion von R. Wolf ein.

• Vereinigte Kammerich' und Beller & Schneevogel's Werke, Akt.-Ges. Im abgelaufenen Jahre hat die starke Anspannung der Werke eine erhebliche Umsatzsteigerung herbeigeführt. Dementsprechend dürfte sich auch das finanzielle Ergebnis besser gestalten. Es ist bei erhöhten Abschreibungen neben einer Dividende von wieder 12 Proz. mit einer Sonderauschüttung zu rechnen, die über den vorjährigen Dividendensatz noch etwas hinausgehen dürfte.

• Ludwig Hauptfeld, Akt.-Ges. Interessenten finden im Anzeigenteil ein Nummernverzeichnis der zur Rückzahlung am 30. Juni auszuliefernden 4proz. Teilhaberschreibungen des Unternehmens nebst einer Notendanteile.

• Ein neues Aktienunternehmen. Mit dem Sitz in Dortmund wurde die Akt.-Ges. zur Verwertung von Brennstoffen und Metallen mit einem Kapital von 800.000 M gegründet. Zweck des Unternehmens ist die Verwertung von Brennstoffen und Metallen und besonders auch der Bau und Betrieb von Druckereianlagen, Gasanstalten usw.

• F. W. de Fries, Akt.-Ges. für Schrauben- und Nietfabrikation, in Hemer. Die Gesellschaft hat in dem abgelaufenen Geschäftsjahr sowohl den Umsätzen als auch den Erträgen einen nicht unwesentlichen günstiger als im Vorjahre gearbeitet, so daß gegen das Vorjahr eine wesenlich höhere Dividende, vielleich 15 gegen 7 Proz. in Aussicht genommen werden darf. Die Beschäftigung ist auch weiterhin rego.

• Norddeutsche Lederpappfabrik, Akt.-Ges. Das Unternehmen hat im abgelaufenen Jahre einen Gewinn erzielt, der bei gewöhnlichen Abschreibungen (i. V. 50.000 M) eine Verminderung der Unterbilanz um rund 200.000 M mildert, so daß diese mit nur noch

rund 750.000 M bestehen bleibt. Sämtliche vier Werke waren leidlich beschäftigt. Die Verwaltung beachtet angesichts der gebesserten Lage des Unternehmens die Aufhebung der Geschäftsaufsicht herbeizuführen. Ueber eine Sanierung wird man sich wohl erst nach dem Kriege schlüssig werden. Es besteht schon jetzt die Hoffnung, daß das Unternehmen in absehbarer Zeit wieder in der Lage sein wird, wieder gute Resultate abzuwerfen.

• Schutzzollbestrebungen in der Photoindustrie. Die während des Krieges in Deutschland aufgenommene Fabrikation von Rollfilmen hat einen überaus großen Umfang angenommen, so daß für die Zukunft der deutsche Markt von der ausländischen Konkurrenz völlig unabhängig sein wird. Die Industrie erwartet von der Regierung Maßnahmen, die Einfuhr von Rollfilmen aus dem Ausland künftighin zu erschweren. Ob es gelingen wird, der ausländischen Konkurrenz auch auf dem Weltmarkt erfolgreich zu begegnen, wird von der Verständigung der Firmen untereinander über Preise und Lieferungsbedingungen abhängen. Obwohl nur vier Firmen in Frage kommen, ist allerdings zurzeit die Aussicht für ein gemeinsames Vorgehen gering. Gegenwärtig werden im Hinblick auf die einheitliche Regelung der Rohstoffzubereitung gewisse übereinstimmende Grundpreise stillschweigend anerkannt.

• Wisnarsche Holzwärme, Akt.-Ges. Eine außerordentliche Generalversammlung soll die Herabsetzung des Grundkapitals um 60.000 M beschließen zur Rückzahlung des auf den Vorzugs-Aktien ausstehenden Grundkapitals und des Vorstand erwählige, die Vorzugs-Aktien zum Nennwert von 1/2 Proz. amskulden zu einzulösen.

• Die Lage des deutschen Webstoffgewerbes. Aus dem vorerwähnten Zweigen des deutschen Webstoffgewerbes wird berichtet, daß die Nachfrage nach Papiergarn und Papiergewebe für alle Verwendungszwecke unverändert stark. Ebenso wie die Kaufkraft für seidene und halbseidene Gewebe keine Abschwächung erfahren. In der Woll- und Halbwoollindustrie sollen die Betriebe, die über genügenden Rohstoff verfügen, für Zwecke der Heeresverwaltung arbeiten. In allen anderen Zweigen ist die allgemeine Lage unverändert gelassen.

• Amerika beabsichtigt, wie uns ein eigener Drahtbericht meldet, für Baumwolle Höchstpreise festzusetzen.

• Deutsche Bierbrauerei, Akt.-Ges., in Berlin. Die Generalversammlung setzte die Dividende auf 8 Proz. fest. An Stelle des verstorbenen Direktors Frank von der Bank für Brauindustrie wurde eine Ersatzwahl für den Aufsichtsrat nicht vorgenommen. Geheimrat Arnold-Dresden verwies noch auf den bereits durch die Presse bekanntgegebenen Plan des Abschlusses einer Interessengemeinschaft mit dem Münchener Brauhaus, Akt.-Ges., und betonte, daß er bei den noch schwebenden Verhandlungen nicht näher auf die Angelegenheit eingehen könne.

• Neue Interessengemeinschaft in der Brauindustrie. Die Bochumer Bergbrauerei, Akt.-Ges., in Bochum und die Victoria-Brauerei, Akt.-Ges., in Bochum haben beschlossen, in eine Interessengemeinschaft einzutreten, da bei der geringen Gerstenzuteilung der Einzelbetrieb unlohend geworden ist. Man will mit diesem Vorgehen auch der Bundesratsverordnung über die Zusammenlegung von Brauereien entgegenkommen.

• Erträge des Weinbaues. Die „Deutsche Parlaments-Korresp.“ berichtet: Die Absperzung der ausländischen Weinzufuhr hebt die Erträge des heimischen Weinbaues infolge gesteigerter Preise beträchtlich. Das ergibt sich aus den Mehrerträgen der Weingärten des preussischen Staates in den Regierungsbezirken Koblenz, Trier und Wiesbaden. Für das Rechnungsjahr 1918 wird dieser Mehrertrag auf etwa 140 Proz. des Vorjahres mit 1.490.155 M angenommen. Für 1917 war die Einnahme auf 1.006.252 M berechnet, während sie 1918 auf 2.502.407 M aufsteigt. Im Gegensatz hierzu steht eine beträchtliche Mindereinnahme bei den in staatlicher Bewirtschaftung befindlichen Domänen.

• Zur Ausnutzung oberbayerischer Wasserkraft. Wie uns unser Mitarbeiter drähtlich berichtet, wurden zur Ausnutzung der Wasserkraft des oberen Inn und der mittleren Isar zwei Gesellschaften m. b. H. unter den Namen Obere Inn-G. m. b. H. und Mittlere Isar-G. m. b. H. gegründet. An der Obere Inn-G. m. b. H. sind beteiligt: Bayerische Hypothek- und Wechselbank, Bayerische Vereinsbank, Bayerische Wechselbank, Bayerische Diskontobank, El-Kredit-Akt.-Ges., vormals Schuckert & Co. in Nürnberg, Deutsche Gesellschaft m. Berlin, Bankhaus Friedmann, Heitbrodt & Co. in Berlin, Wechselbank und Metallgewerbe-Gesellschaft in Frankfurt a. M. und die Chemische Fabrik Griesheim-Elzstron, Akt.-Ges. in Frankfurt a. M. — In der Mittlere Isar-G. m. b. H. sind außer den bei der Obere Inn-G. m. b. H. beteiligten Firmen noch interessiert: die Baumwollspinnerei Friedr. Krupp, Kommanditgesellschaft, und die Friedr. Krupp Akt.-Ges. in Essen. Die Interessen der interessierten München sind in entsprechender Weise berücksichtigt.

• Erste Vollendung des Deutschen Industriemuseums. Mit Rücksicht auf die in Aussicht stehenden gesetzgeberischen Maßnahmen für die Wiederaufnahme der Friedensarbeit wird der Ende Oktober 1918 von Zentralverband Deutscher Industrieller, dem Bund der Industriellen und dem Verein zur Wahrung der Interessen der deutschen Industrie beschlossene Deutsche Industriemuseum in Berlin, Februar 2. d. J. seine erste Vollendung erleben und damit seine den Gesamtinteressen der deutschen Industrie gewinnende Tätigkeit aufnehmen. Der Deutsche Industriemuseum, der in Formierung der krisenwirtschaftlichen Tätigkeit des Kriegenszenarios der deutschen Industrie zu gemeinschaftlichen Friedensarbeiten berufen ist, besteht aus 64 führenden Persönlichkeiten der sachlich organisierten deutschen Industrie. Neun Referenten über die Übergangswirtschaft, Steuerpolitik und die in wirtschaftliche Interessengruppen wird in erster Linie die Bildung und Zusammenfassung einer Preussischen Industriemuseumsschule als Präsentationskörper für die Wahl zum Herrscherhaus in Aussicht gestellt. Die erste Entwurfs eines Gesetzes betreffend die Zusammenfassung des Herrscherhauses zur Beschließung stehen.

Dividendenerklärungen

Warenkreditanstalt Hamburg 8 (i. V. 4) Pros. Baumwollspinnerei Kolbermoor 12 (i. V. 9) Pros. aus 448.941 (213.795) M Reingewinn. Celler Lederwerke, Akt.-Ges., in Celle 17 (i. V. 20) Pros.

Devisenkurse unverändert.

An der gestrigen Berliner Produktentörse bewegte sich der Warenverkehr nach wie vor in engen Grenzen. Die Hoffnung, daß die Landwirtungen von Juli und August 1917 bis Ende Januar richtig sein und die Preise für den Handel wieder herab werden würden, erlitt sich leider nicht, da nach der neuen Verordnung vom 21. Januar vordem 400.000 Tonnen Reis und 150.000 Tonnen Soja, erstens bis Ende Mai, letztere bis Ende Juni anzuordern werden sollen. Diese beiden Vordem werden sich im Kaufmarkt nicht abfinden, da die Preise für diese Waren sehr hoch sind. In dem anderen Abschnitt hat sich ebenfalls nichts geändert. Für die Preise bleibt die Nachfrage groß, ohne daß sich das Angebot zu erhöhen vermag. In dem Bereich der Baumwollspinnerei ist die Nachfrage für Garn und Stoffe sehr lebhaft. Die Preise für Garn und Stoffe sind etwas höher als vor